



Bezirk
Frankfurt

Presseinfo

Frankfurt, 30. Juni 2005

Bezirksleiter Armin Schild übt scharfe Kritik an Arbeitgeber-Medien

„Sittliche Verwahrlosung und Volksverdummung“

Als „Ausdruck sittlicher Verwahrlosung“ und „Versuch der Volksverdummung“ hat IG Metall-Bezirksleiter Armin Schild zwei neuere Produkte aus Arbeitgeber-Medien kritisiert. Er bezieht sich auf die Juni-Ausgabe der vom Verband der Pfälzischen Metall- und Elektroindustrie herausgegebenen Zeitschrift „ferrum“ und auf Ausgabe 13 des von der deutschen Wirtschaft herausgebrachten Blattes „aktiv“ vom 25. Juni. In der Zeitschrift „ferrum“ ist die Titelgeschichte zum Sozialstaat mit einem Foto von einer NPD-Demo aufgemacht, mit dem NPD-Fraktionsvorsitzenden im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, an der Spitze. Das betrieblich an Beschäftigte verteilte Arbeitgeber-Blatt „aktiv“ enthält einen Artikel, der gegen die ab 1. Juli greifenden Zusatzbelastungen für Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen durch den Sonderbeitrag für Zahnersatz und Krankengeld Position bezieht.

Der „ferrum“-Artikel zum Sozialstaat versucht nachzuweisen, dass in Deutschland keine Rede von Sozialabbau sein könne. In der Bildzeile zu der NPD-Demo gegen Sozialabbau heißt es wörtlich: „Demonstrationen gegen ‚gefühlten Sozialabbau‘ - viel Stimmung, aber wenig Realitätsbezug. Denn der Sozialstaat wächst trotz aller Reformen weiter.“ Die These sei zwar falsch, meint dazu der Bezirksleiter, aber das sei man von Arbeitgeber-Seite nicht anders gewohnt. „Schlimm ist jedoch, dass alle die, die anderer Auffassung sind, von den Arbeitgebern über die Bebilderung in die Nazi-Ecke gedrückt werden.“ Millionen Menschen aus Gewerkschaften und Sozialverbänden, Kirchen und Parteien hätten öffentlich gegen Sozialabbau protestiert. Wenn jetzt die Arbeitgeber ausgerechnet eine NPD-Demo ins Bild rückten, so sei dies eine üble Diffamierung der Betroffenen und eine unheilvolle Verharmlosung der Nazis, die sich populistisch an die Protestbewegung drangehängt hätten.

Den „aktiv“-Artikel mit der Überschrift „Es reicht!“ kritisierte der Bezirksleiter als „heuchlerisch“. Darin würde auf populistische Weise gegen die Privatisierung der Beitragsleistungen für Zahnersatz und Krankengeld und gegen die dadurch eintretenden Zusatzbelastungen für die Versicherten polemisiert. „Tatsächlich ist dieser Teil der Gesundheitsreform auf Drängen der Arbeitgeber zustande gekommen“, stellte Schild richtig. Dadurch, dass Versicherte den Beitrag für diese Leistungen jetzt allein zahlen müssten, würden die Arbeitgeber in diesem Jahr um 2,3 Milliarden Euro entlastet, während die Versicherten pro Jahr rund 4,5 Milliarden drauflegen müssten. Doch davon stehe in dem Artikel kein Wort. „Dies ist der schäbige Versuch der Arbeitgeber, nach dem Motto ‚Haltet den Dieb!‘ von der Umverteilung zu ihren Gunsten abzulenken“, kritisierte der Bezirksleiter. Der Gipfel sei die falsche Behauptung in dem Artikel, die Krankenkasse sei der Nutznießer dieser Maßnahme. Tatsächlich würden ausschließlich die Arbeitgeber profitieren.